

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung von Mitteln aus der Thüringer Jagdabgabe

Thür. Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft
Referat 55

Postfach 90 03 62
99106 Erfurt

Name / Geschäftsname:	
Anschrift:	
☐ Schule oder Vereinigung des Jagdwesens mit Sitz in Thüringen ☐ Inhaber in eines gültigen Jagdscheins mit Hauptwohnsitz in Thüringen	☐ Einrichtung zur Jagd- und Wildtierforschung ☐ Jagdausübungsberechtigte r mit einem Jagdbezirk in Thüringen
Ansprechperson:	
Telefon-/Mobilnummer:	
E-Mail-Adresse:	

Titel der Maßnahme:	
Beschreibung der Maßnahme: (Der Antrag muss die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung erforderlichen Angaben enthalten. Auch ist zu erklären, ob und weshalb die Durchführung der Maßnahme ohne die Zuwendung nicht möglich wäre oder gefährdet sein würde. Wenn die Förderung nur für einen Teilabschnitt einer Gesamtmaßnahme beantragt ist, muss dies eindeutig erkennbar sein.)	
Realisierungszeitraum	

Finanzierungsplan

Alle mit demwendungszweck zusammenhängende Ausgaben auführen und, wenn möglich, durch min. drei Kostenvoranschläge belegen:

Einzelansatz	Euro

- ☐ Die Kostenvoranschläge und/oder Kalkulationen sind als Anlagen beigefügt.

Gesamtausgaben [EUR]	
Eigenmittel des Antragstellers [EUR]	
Mittel Dritter [EUR]	
Einnahmen aus der Maßnahme [EUR]	
Beantragte Zuwendung aus der Jagdabgabe [EUR]	

Erklärungen

- ☐ Die beantragte Maßnahme ist noch nicht begonnen worden. (Pflichtangabe)
- ☐ Für die beantragte Maßnahme wird eine Genehmigung zum vorzeitigen Beginn der Maßnahme beantragt.

Falls ja, bitte Begründung angeben:

--

- ☐ Die Planung und Verwendung der Finanzen erfolgt nach dem Prinzip der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit

Allgemein oder für das beantragte Vorhaben liegt eine Vorsteuerabzugsberechtigung gem. § 15 Umsatzsteuergesetz vor. ☐ Nein ☐ Ja

Für das beantragte Vorhaben sind/werden weitere Zuwendungen aus Mitteln des Freistaats Thüringens oder Dritte ☐ nicht beantragt.

☐ beantragt, ☐ aber nicht gewährt.
☐ und gewährt.

Falls beantragt wurde, bitte Details zu Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber angeben:

Dem Antrag ist beigelegt:

- ☐ ein aktueller Vereinsregisterauszug (betrifft Vereinigungen und Verbände)
- ☐ die aktuelle Vereinssatzung (betrifft Vereinigungen und Verbände)
- ☐ bei beantragter Zuwendung von über 10.000 EUR eine „Bescheinigung in Steuersachen“ des zuständigen Finanzamts

Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 Strafgesetzbuch (StGB) in Verbindung mit § 2 Abs. 1 des Subventionsgesetzes sind:

- a) die Angaben im Antrag, insbesondere die Angabe zum Zweck der Zuwendung,
- b) die Angaben in den Belegen gem. Nr. 6.7 ANBest-P,
- c) die Angaben im Verwendungsnachweis und den Anlagen gemäß Nrn. 6.3 bis 6.5 ANBest-P,
- d) die Sachverhalte, die Mitteilungspflichten nach Nr. 5 ANBest-P begründen,
- e) die Tatsache, von denen gemäß den Nrn. 8.1 bis 8.3 ANBest-P die Rückzahlung der Zuwendung abhängig ist,
- f) die Tatsache, dass mit der geförderten Maßnahme noch nicht bzw. nicht vor Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn begonnen wurde.

Der Subventionsbetrug ist nach § 264 StGB strafbar.

Von der Festsetzung der subventionserheblichen Tatsachen wurde Kenntnis genommen. Über diese Tatsachen im Sinne des Strafgesetzbuches wurde unterrichtet. Mir ist bekannt, dass falsche, unvollständige oder unterlassene Angaben zum Antragsverfahren oder bei der Verwendung der Mittel zur Strafverfolgung führen.

Alle mit dieser Angelegenheit betrauten Personen wurden von mir belehrt.

Es wird bestätigt, dass die im Antrag einschließlich der Anlagen und Antragsunterlagen gemachten Angaben vollständig und richtig sind. Nachträglich eintretende Änderungen werden der Bewilligungsbehörde unverzüglich mitgeteilt. Mir ist bewusst, dass mit der Durchführung der beantragten Maßnahme erst nach Erhalt des Zuwendungsbescheids begonnen werden darf, sofern der vorzeitige Beginn nicht ausdrücklich durch die Bewilligungsbehörde gestattet wurde. Mir ist bekannt, dass der Abschluss eines Liefer- und Leistungsvertrages grundsätzlich als Maßnahmenbeginn gilt. Mit der Erfassung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten zum Zwecke der Prüfung der Voraussetzungen für die Gewährung einer Zuwendung nach den §§ 23, 44 ThürLHO und der hierfür durch den Freistaat Thüringen erlassenen Verwaltungsvorschriften bin ich einverstanden.

.....
Ort, Datum Rechtsverbindliche Unterschrift, Stempel